



Der Kinderschutzbund
Landesverband
Nordrhein-Westfalen

STELLUNGNAHME

des

Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB)

Landesverband NRW e.V.

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
17. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
17/4252

Alle Abg

zur Anhörung im Ausschuss für Schule und Bildung und des
Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend des Landtags NRW am
07. September 2021

**„Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein
selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine
Familien- und Bildungsoffensive!“**

Der vorliegende Antrag der Fraktion der SPD greift bedeutsame Punkte eines umfassenden Konzeptes zur Sicherung von Schutz- und Förderrechten der in Nordrhein-Westfalen lebenden Kinder und Jugendlichen auf. Beachtenswert bei dieser kinder- und jugendpolitischen Ausrichtung ist hierbei die Konzentration auf zwei der zentralen Eckpunkte, die in den **Kinderrechten** verankert sind: Schutz und Förderung. Gerade diese beiden Säulen für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen sind pandemiebedingt zwar ins Zentrum der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit gerückt, allerdings bedarf es weniger Maßnahmen, die sich auf kurzfristige Anschubfinanzierungen und Projekte beschränken, sondern solche, die langfristig angelegt und strukturbildend auf Hilfe- und Unterstützungssysteme für Kinder und Jugendliche ausgerichtet sind. Der Antrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!“ weist hier auf wesentliche Schwachstellen sowie mögliche Problemlösungen im Bildungssystem und den familien- und kinderpolitischen Leistungen hin. Den geforderten Perspektivwechsel, Kinder und Jugendliche wieder in die Mitte der Gesellschaft zu stellen und sie nicht nur als Empfänger*innen von pädagogischen Angeboten, sondern als aktive Gestalter*innen ihrer Lebenswelten zu begreifen, lässt das Konzept allerdings nur in Ansätzen erkennen. So werden auch in dem vorgelegten Antrag Kinder und Jugendliche zu Adressat*innen der Familien- und Bildungspolitik, eine eigene Stimme und das dazugehörige Gehör erhalten sie nicht.

Der Deutsche Kinderschutzbund (DKSB) Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. unterstützt die Forderung nach einem umfassenden, Politikfelder und Rechtskreise übergreifenden Konzept zum Schutz und zur Förderung aller Kinder und Jugendlichen, hält jedoch eine Überprüfung bzw. Ergänzung der vorgeschlagenen Initiativen und Maßnahmen im Hinblick auf die in ihnen enthaltenen Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche für notwendig.

Fachliche Einordnung

Kinder und Jugendliche brauchen verlässliche, sichere und förderliche Orte für ein gelingendes Aufwachsen. Für die Herstellung dieser Orte tragen die Erwachsenen die Verantwortung, sei es in Form politischer Steuerung oder zivilgesellschaftlichen Engagements: Der Kinderschutzbund in NRW übernimmt die Verantwortung mit seinen Orts- und Kreisverbänden, die sich nachhaltig für die Interessen von Kindern und Jugendlichen einsetzen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten erforderliche Infrastruktur bereitstellen.

Der primäre Ort des Aufwachsens für Kinder und Jugendliche ist sicherlich die **Familie** oder sind familienanalogue Settings. Die in unserer Gesellschaft höchst ungleich verteilten

materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen, die für einen Ort gedeihlichen Aufwachsens notwendig sind, in den Blick zu nehmen und –gegebenenfalls- nachzujustieren, stellt eine wesentliche Herausforderung staatlichen Handelns dar. Insofern begrüßt der Kinderschutzbund in NRW den umfassenden Blick auf die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen, der in dem vorliegenden Antrag deutlich wird. Auch verkennt der Antrag nicht, dass Familien nur dann ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen können, wenn ein soziales Umfeld um sie geschaffen ist, das ihren Beitrag zu einer zukunftsorientierten, demokratischen und sicheren Zukunft wertschätzt. Die hierfür erforderliche Infrastruktur in einem Mix aus öffentlichen und privaten Hilfe- und Unterstützungsangeboten zu initiieren und bereitzustellen ist eine der Kernaufgaben des Sozialstaates. Insbesondere dann, wenn es Anhaltspunkte gibt, dass Familien in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt werden, sind öffentliche Interventionen gefordert.

Der vorliegende Antrag hat einen starken präventiven Charakter, gleichzeitig zeigt er die Bereitschaft zur Übernahme von öffentlicher Verantwortung, wenn sich die sozialen Verhältnisse oder personale Handlungen gegen das Wohl der Kinder und Jugendlichen richten (z. B. durch die Forderung nach einem Kinderschutzgesetz für NRW). Dies kann jedoch im Sinne eines frühzeitigen Erkennens und Abwendens von Kindeswohlgefährdungen nur dann erfolgversprechend sein, wenn die zivilgesellschaftlichen Kräfte insgesamt sich ebenfalls zu dieser Aufgabe bekennen. Die Familie als kostbares Gut anzuerkennen, die sozialen Frieden, Sicherheit und subjektives Wohlbefinden erzeugt, den gesellschaftlichen Fortschritt durch gebildete Kinder gemeinsam mit den Kitas, den Schulen, den Arbeitsplätzen sichert, verlangt eine Akzeptanz und wirksame Unterstützung für die Familie in ihren pluralen, diversen Erscheinungsformen.

Um diese hohen Erwartungen erfüllen zu können, brauchen die Familien ein festes materielles, soziales und kulturelles Fundament. Oberste Priorität muss in NRW deshalb die Bekämpfung der Armut von allen Kindern und Jugendlichen haben. Hierzu ist der geforderte Ausbau der Ganztagsbildung sicherlich ein notwendiger, keineswegs aber hinreichender Schritt, stellt er doch im Wesentlichen ein Investitionsprogramm für die Zukunft dar, der sich noch nicht wesentlich auf die konkreten Lebensbedingungen der aktuellen jungen Generation und ihren Neustart nach der Pandemie auswirkt.

Auch sind die in dem Antrag geforderte konsequente Umsetzung der Lernmittelfreiheit und der beitragsfreie Zugang zu Bildungs- und Freizeiteinrichtungen Beiträge zum Ausgleich von Armutsfolgen im Hinblick auf Chancengleichheit, lösen allerdings nicht das Problem der Kinderarmut. Eine wirkungsvolle Bekämpfung der Kinderarmut setzt vielmehr die Einführung einer Kindergrundsicherung voraus, um eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe zu garantieren.

Der angestrebte Ausbau der Ganztagsbildung vom Elementar- bis hin zum Sekundarbereich sollte nicht nur unter den Gesichtspunkten der Entlastung und Kompensation familialer Erziehung und Bildung betrachtet werden. Gerade die pandemische Situation hat gezeigt, wie fragil diese etablierte Konstruktion zwischen öffentlicher und privater Erziehung ist, denn unterstützende und ergänzende Angebote der Bildungslandschaften konnten ihre Leistungen ja ebenfalls nicht realisieren. Der weitaus größere Schaden betrifft aber die Bildungseinrichtungen selbst, ihre Bedeutung, Rolle und Funktion für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen sind auf das Kernelement der Wissensvermittlung zusammengeschrumpft. Obwohl die Kinder und Jugendlichen gebetsmühlenartig die Kitas, Schulen, Sport- und Freizeiteinrichtungen als sozialen und emotional bedeutsamen Ort thematisiert haben, für den Kontakte, Freundschaft, Gemeinschaft, das Miteinander auch mit den pädagogischen Fachkräften das zentrale Qualitätsmerkmal darstellen, allen Umfragen und Verlautbarungen zum Trotz kommt in das System Schule keine Bewegung. Stattdessen werden kurzfristige Nachholprogramme aufgelegt, die Wissenslücken und fächerspezifische Defizite ausgleichen sollen. Hier ist der vorliegende Antrag nicht weitgehend genug: Das System Schule bedarf einer grundlegenden Reform. Um Kinder und Jugendliche zu erreichen, muss es bedürfnisorientierter gestaltet werden, die vielversprechendsten Konzepte zeigen, dass dies nur mit einem hohen Maß an Beteiligung der Kinder und Jugendlichen selbst gelingen kann.

Beteiligung in dem hier gemeinten Sinne setzt einen Haltungswechsel auch der Politik voraus. Aus einer familien- und bildungspolitischen Offensive **für** Kinder und Jugendliche müsste eine Strategie des **mit** Kindern und Jugendlichen werden. Hierfür kommt den pädagogischen, psychologischen, therapeutischen usw. Fachkräften, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, eine entscheidende Bedeutung zu. Die geforderten Investitionen in ein Mehr an Ausbildungskapazitäten, Fachlichkeit und Professionalität, Inter- und Multiprofessionalität, eine leistungsgerechtere Bezahlung sind unverzichtbar, um bedürfnisangemessen individuelle Förderung und kollektive Bildungsangebote zu organisieren. Zu einer Bildungsreform führen die Investitionen allerdings nur dann, wenn nicht die Arbeitswelt der Erwachsenen, sondern die Rechte der Kinder den Maßstab darstellen. Das Recht auf Bildung, so zeigen alle Studien, ist vorerst eines der größten Opfer der Pandemie.

Der Kinderschutzbund in NRW begrüßt:

- Die Initiative der Fraktion der SPD, ein Zukunftsprogramm für NRW zu entwerfen, das den familien- und bildungspolitischen Herausforderungen, die nicht zuletzt durch die Corona-Krise deutlich geworden sind, mit einem Maßnahmenkatalog begegnet.

- Die in dem Antrag zum Ausdruck kommende umfassendere Sicht auf diese Herausforderungen, denen nicht nur durch ein Mehr Desselben, sondern durch eine quantitative und qualitative Offensive begegnet werden soll.
- Die ressortübergreifende Initiative, die die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen ganzheitlich betrachtet und nicht in morgens: Schüler*in, nachmittags: Kind/jugendlich zerfallen lässt
- Die geforderten politischen Anstrengungen, um allen Kindern und Jugendlichen einen gleichberechtigten Zugang zu Bildungs-, Hilfe- und Unterstützungsmöglichkeiten zu gewähren
- Die angestrebte Verbesserung des Kinderschutzes (präventiv wie intervenierend) in einem eigenen Kinderschutzgesetz
- Die Fachlichkeitsoffensive, die eine Aufwertung pädagogischer (privater wie öffentlicher) Arbeitsleistungen beinhaltet

Der Kinderschutzbund in NRW empfiehlt:

- Die umfassende Verankerung der **Kinderrechte in der Landesverfassung** (Vorbild Hessen/Bremen), um die politischen und administrativen Handlungsvollzüge konsequent am Wohl des Kindes auszurichten.
- Die unterschiedlichen Lebenswelten von allen Kindern und Jugendlichen und ihre je spezifischen Bedarfe stärker zu berücksichtigen und so für eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der Programme zu sorgen (**Inklusion**)
- Eine Kampagne zur Anerkennung der in den Familien erbrachten Care-Leistungen zu starten und den besonderen Eigenwert privat erbrachter Erziehungs- und Bildungsleistungen zu würdigen (nicht nur als Ausfallbürgen in pandemischen Zeiten)
- Die corona-bedingten Veränderungen in der Arbeitswelt zum Anlass zu nehmen, um über das Verhältnis von öffentlicher und privater Erziehung grundsätzlicher nachzudenken (nicht nur als Reflex von Homeoffice und Homeschooling; Incentives für eine geschlechtergerechtere Arbeitsteilung in den Familien sind immer richtig, nützen aber den Alleinerziehenden nichts)
- Die politischen Kräfte zu bündeln und sich vehement für die Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen einzusetzen (**Kindergrundsicherung**)

- Kinder und Jugendliche als Expert*innen ihrer selbst an der Reform der Bildungs- und Familienpolitik aktiv mitwirken zu lassen

Gaby Flößer/Manfred Walhorn

Wuppertal, 30.08.2021